

Plateforme Sans-Papiers Suisse zur Annahme der Motion 22.3392 'Erweiterte Härtefallregelung zum Zugang zu beruflichen Ausbildungen' im Nationalrat

Nationalrat möchte das Recht auf Bildung für Sans-Papiers stärken

Der Nationalrat stimmt einem Vorstoss zu, welcher die Härtefallregelung zum Zugang zu beruflichen Ausbildungen erweitern soll. Der Vorstoss kommt aus der Staatspolitischen Kommission als Reaktion auf einen 2020 erschienen Bericht des Bundesrates. Die Plateforme sans-papiers Suisse ist erfreut, dass sich der Nationalrat für einen besseren Zugang zur Berufsausbildung für Sans-Papiers ausgesprochen hat.

Die Bundesverfassung sieht unabhängig vom Aufenthaltsstatus einen Anspruch auf ausreichenden Grundschulunterricht vor. «Für Sans-Papiers erweist sich eine nachobligatorische, berufliche Ausbildung aber als schwierig, weil dafür eine Aufenthaltsbewilligung notwendig ist.», wie Bea Schwager von der Sans-Papier Anlaufstelle Zürich (SPAZ) weiss.

Deshalb haben in einem 2020 erschienen Bericht des Bundesrates verschiedene interkantonale Konferenzen und Verbände eine Lösung gefordert. Darunter der SSV, SODK, SKOS sowie Schweizerischer Gewerbeverband (SGV), Verband Schweizerischer Arbeitsmarktbehörden (VSAA) und Konferenz Kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren (VDK).

«Nur 61 jugendliche Sans-Papiers haben bis 2020 von der Regelung profitiert. Die Mehrheit davon stammt aus dem Kanton Waadt. Das sind erschreckend wenig.» betont Ada Marra, Co-Präsidentin der Plateforme sans-papiers Suisse und Nationalrätin aus Waadt. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die aktuelle Bestimmung nicht praktikabel ist. Die Absicht des Zugangs zur beruflichen Ausbildung wird mit dem heutigen Gesetz nicht erreicht.

Deshalb soll die bestehende Regelung nun dahingehend angepasst werden. Eine offenere Regelung ist sowohl im Interesse der Gesellschaft und Wirtschaft, wo die Nachfrage nach Lehrlingen gross ist, wie auch der betroffenen Menschen.